

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 10. Mai 2012

Antrags-Nr. 12-F-33-0049

**Auswirkung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst auf die Landeshauptstadt Wiesbaden
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 26.04.2012 -**

Am 31. März 2012 einigten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf einen Tarifabschluss im öffentlichen Dienst. Danach werden die Gehälter der Beschäftigten von Bund und Kommunen innerhalb von zwei Jahren um insgesamt 6,3 Prozent steigen. Die erste Anhebung von 3,5 Prozent erfolgt rückwirkend zum 1. März, im Januar und August 2013 steigen die Löhne dann noch einmal um jeweils weitere 1,4 Prozent.

Dieser Abschluss hat, zumal er rückwirkend in Kraft tritt, unmittelbare Auswirkungen auf das Personalbudget Wiesbadens.

Der Magistrat wird daher gebeten zu berichten:

1. Gibt es bereits Schätzungen, wie sich der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst auf die Finanzen der Landeshauptstadt Wiesbaden auswirken wird?
2. Wie bewertet der Magistrat angesichts der prekären Haushaltslage diesen Tarifabschluss?
3. Wie hoch wären die finanziellen Auswirkungen, wenn der Tarifabschluss für Angestellte durch die hessische Landesregierung auf Beamte übertragen würde?

Beschluss Nr. 0226

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 26.04.2012 betr.

Auswirkung des Tarifabschlusses
im öffentlichen Dienst auf die Landeshauptstadt Wiesbaden

hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache seine Erledigung gefunden.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2012

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .05.2012

Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister